

»Der Dialog mit einem systemischen Rivalen ist kein Deckchen-Sticken«

Reinhard Bütikofer, Europaabgeordneter, außenpolitischer Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion und Vorsitzender der China-Delegation im Europäischen Parlament über die Herausforderungen der deutschen Ratspräsidentschaft, den Zusammenhalt der Europäischen Union und eine Neuausrichtung der europäischen China-Politik

Herr Bütikofer, wir kennen China als skrupellose Wirtschaftsmacht, als autoritären Überwachungsstaat, als ignoranten Leugner von Menschenrechten. In der Rolle als Menschenfreund ist uns China bislang noch fremd. Dennoch sind es (auch) die Chinesen gewesen, die dort einsprangen, wo Europa und Deutschland offensichtlich zu Anfang der Corona-Krise versagt haben. Wie schwierig wird es angesichts dieser Hilfe in der Not künftig sein, sich mit China über die Öffnung seiner Märkte zu zanken?

Reinhard Bütikofer: Dass China Hilfe angeboten hat, ist im Zusammenhang damit zu bewerten, dass die Europäische Union ihrerseits zuvor China Hilfe gewährt hatte. Es sollte selbstverständlich sein, dass Länder sich gegenseitig helfen in schwe-

ren Zeiten wie diesen. Dass Frankreich und Deutschland Anfang März gegenüber einigen Nachbarn solche Hilfe zunächst verweigerten, war ein schwerer Fehler. China hat versucht das auszuschlachten. Aber richtig gelungen ist das Peking nicht. Erst bei der europäischen Hilfe um Stillschweigen zu bitten, weil man das Gesicht nicht verlieren wolle, und dann bei der eigenen Hilfe viel opportunistisches Getöse zu machen und öffentliche Dankesbezeugungen einzuklagen, das schaffte keine Sympathien.

Im vergangenen Sommer gab es erfreulich viele »Europäer«, die sich gegen Autokratie und für ein gemeinsames Europa entschieden haben. Angesichts der jüngsten nationalstaatlichen Alleingän-

ge und Nicht-Solidarität mit den Nachbarn – wie kann die Europäische Union Glaubwürdigkeit zurück erhalten?

Am Anfang dieser Krise reagierte die EU wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen. Viele dachten nur an sich, ergriffen einseitige Maßnahmen, zogen ohne Absprachen Grenzen hoch. Politisch und humanitär waren wir da nicht auf der Höhe. Aber ab April gab es solidarischere Töne. Erinnern Sie sich, wie Baden-Württemberg, das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und andere Regionen Schwerkranke aus anderen EU-Ländern aufnahmen. Zuerst präsentierte die EU-Kommission eine Investitionsinitiative von 37 Milliarden Euro, damit kleinere Betriebe und der Gesundheitssektor mit Krediten versorgt werden können. Danach folgte ein 100-Milliarden-Euro-Programm, um vor allem Unternehmen zu helfen, Massenentlassungen zu vermeiden. Und jetzt stehen wir vor dem Wiederaufbaufond, den Präsident Macron mit Kanzlerin Merkel auf den Weg brachte, der mit seinem riesigen Volumen gerade den am schwersten betroffenen Ländern Zuschüsse bietet. Die eigensüchtigen Reflexe waren schlimm. Aber die Schritte zu neuer Solidarität haben die EU gerettet.

Die Corona-Krise wird uns noch lange beschäftigen und enorme wirtschaftliche Auswirkungen haben. Wären Eurobonds das richtige Signal an die Welt, dass Europa zusammensteht und als eigene Wirtschaftsmacht ernst zu nehmen ist – oder ist ein Wiederaufbaufonds, der sich aus nicht rückzahlbaren Zuwendungen und Krediten zusammensetzt, der probate Weg, um Einstimmigkeit der EU-Mitgliedstaaten zu erreichen?

Eine Rückkehr zur Debatte der letzten Jahre um Eurobonds bringt in der aktuellen Situation nicht voran. Bei diesem Thema sind die Gegenpositionen zu rechthaberisch verfestigt. Und tatsächlich finden wir ja bei dem neuen Instrument des Wiederaufbaufonds nicht genug strittige Probleme, die einer Lösung harren, wenn das ganze funktionieren soll. Also konzentrieren wir uns darauf. Das wird alles andere als leicht, weil jeder argwöhnisch darauf achtet, bei der Verteilung der finanziellen Mittel auch



bloß nicht zu kurz zu kommen. Das Ganze wird noch dadurch erschwert, dass es noch mit einem anderen Kampf verknüpft ist: Wieso sollte eine Regierung, die Rechtsstaatlichkeit nicht einhält, trotzdem Unterstützungszahlungen kassieren, als wäre nichts passiert? Dabei gilt, wohl bemerkt: Beim EU-Haushalt braucht es Einstimmigkeit zwischen den Mitgliedsländern.

Sie meinen beispielsweise die Frage, wie zuverlässig Ungarn künftig noch sein wird?

Victor Orban entmachtete das Parlament, schränkte die Pressefreiheit ein und verachtet im Grunde genommen die gesamte europäische Gemeinschaft und die liberale Demokratie sowieso. Gleichzeitig stellt er harte Forderungen, wenn es um EU-Fördergeld geht. In der Vergangenheit floss viel davon in die Taschen seiner Freunde. Die EU muss es schaffen, Orban wieder in die europäische Spur zu bringen, sollte sich aber auch nicht scheuen, klare Grenzen aufzuzeigen.

Völlig aus der Spur scheint auch China zu laufen. Hat man mit dem sogenannten Sicherheitsgesetz gegenüber Hongkong eine Schwelle überschritten, die Konsequenzen seitens der EU erfordern?

Ich nenne das sogenannte nationale Sicherheitsgesetz lieber ein Staatssicherheitsgesetz, ein Stasi-Gesetz. Es hebt die Autonomie Hongkongs vollständig auf und lässt keine einzige der im Hongkonger Grundgesetz garantierten Freiheiten unbeschädigt. Nach diesem neuen Gesetz kann jemand schon für eine kritische Meinungsäußerung zu lebenslanger Haft verurteilt werden. Die KP Chinas lässt keine Spielräume mehr zu, sie regiert mit harter Hand durch. Das ist nicht nur ein bitterer Vertrauensbruch gegenüber den Hongkongerinnen und Hongkongern, sondern auch ein Bruch internationalen Rechts, nämlich der Sino-British Joint Declaration und des International Covenant on Civil and Political Rights. Die EU muss reagieren. Erstens, Auslieferungsabkommen mit Hongkong suspendieren. Zweitens, politisch Verfolgte aufnehmen. Drittens, China zeigen, dass solche Über-



Reinhard Bütikofer

griffe auch einen ökonomischen Preis haben. Außerdem sollten wir eine Rechtsgrundlage schaffen, um schlimme Menschenrechtsverletzer persönlich sanktionieren zu können.

Kritik ist an China schon immer abgeprallt. Aber zurzeit gewinnt man den Eindruck, dass Peking auf einem Höhenflug ist ...

In der Tat, Peking kann gegenwärtig die eigene Machtarroganz kaum bändigen. Doch in den Sprüchen Salomos heißt es:

»Hoffart kommt vor dem Sturz und Hochmut kommt vor dem Fall«. Peking hat mit der Politik im ersten Halbjahr 2020 mehr Länder vor den Kopf gestoßen und sich mehr Gegner geschaffen, als die kommunistische Führung bisher begreift. China wittert die Chance, die

aktuelle Krise dazu zu nutzen, um seine Großmachtambitionen zu zementieren. Jetzt, da offensichtlich die halbe Welt mit anderen Problemen beschäftigt ist,

will man Fakten schaffen. Peking liegt nicht nur mit Trump im Streit, sondern auch mit Indien, Bhutan, Indonesien, Malaysia, Vietnam, den Philippinen, Taiwan, Japan, Australien, Schweden, Großbritannien und hat wegen Rassismus und Hartleibigkeit beim Schuldenerlass etliche afrikanische

Länder verärgert und sich auch in der Europäischen Union extrem viel Kooperationsbereitschaft verscherzt. Ich bin nicht für einen Konfrontationskurs, aber wir sollten uns mit denen zusammentun, die wie wir nicht Opfer hegemonialer Anmaßungen werden wollen.

»Die Erzählung vom unwiderstehlichen, unvermeidlichen Aufstieg Chinas ist ein Pekinger Propagandamärchen«



Ist China auf dem Weg zur uneingeschränkten Hegemonialmacht?

Es ist offenkundig, dass China im asiatisch-pazifischen Raum die vorherrschende Macht werden will. Wer Xi Jinping gut zuhört, versteht, dass dessen Ehrgeiz noch darüber hinausgeht. Aber die Erzählung vom unwiderstehlichen, unvermeidlichen Aufstieg Chinas ist ein Pekinger Propagandamärchen. Chinas beispiellose Erfolge der letzten 40 Jahre beruhen auf der Öffnung des Landes und auf internationaler Zusammenarbeit. Ein herrisches China, das Zusammenarbeit durch Zwang ersetzen möchte, arbeitet an der eigenen Schwächung. Ich glaube, es gibt in China viele kluge Leute, denen der Kurs der gegenwärtigen Führung eher Sorgen macht als Hoffnung.

Von Sanktionen gegenüber China hört man wenig. Vielmehr will auch Bundeskanzlerin Merkel den Dialog mit China fortsetzen. Ist das noch der richtige Schritt?

Grundsätzlich ist gegen Dialog nichts einzuwenden. Der Dialog mit einem systemischen Rivalen ist aber kein Deckchen-Sticken. Wir müssen unsere Werte und Interessen konsequent vertreten. Viele sagen, China sei ein notwendiger Partner beim Klimaschutz. Ich würde sa-

gen, notwendig ja, aber leider kein Partner. Und es hilft nichts, unseren Wunsch nach Zusammenarbeit schon für die Realität zu halten.

China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. Wir haben im vergangenen Jahr Waren im Wert von fast 110 Milliarden Euro aus China importiert und eine ähnlich hohe Summe dorthin exportiert. Wie schwer wiegt diese Ausgangsbasis bei Verhandlungen zu einem Investitionsabkommen, das gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen China und der EU schaffen soll?

Wenn China ein Investitionsabkommen will, muss es sich an verschiedenen, klar benannten Punkten sehr deutlich bewegen. Es verhandeln nicht Deutschland und China, sondern die EU und China. Gesprochen wird seit 2013. Die Absicht, bis zum Ende dieses Jahres ein Ergebnis hinzulegen, wird wahrscheinlich verfehlt, weil Peking sich nicht genug bewegt. Es geht um Marktzugang, um faire Wettbewerbsbedingungen und um Nachhaltigkeit. Wir wollen Regelungen, die verhindern, dass die gegenwärtige Schieflage zementiert wird.

Unsere Märkte sind nämlich weitestgehend offen und in China gilt das Gegenteil. Beim virtuellen EU-China-Gipfel im Juni haben Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Michel deutlich gemacht, was Europa erwartet: Die chinesische Seite soll ihre Versprechen einhalten.

Ist es auch deshalb sinnvoll gewesen, den geplanten Gipfel im September in Leipzig abzusagen?

Den Gipfel zu verschieben, gebot nicht nur die Pandemiesituation, sondern auch die Tatsache, dass vorzeigbare, substantielle Ergebnisse bis September praktisch ausgeschlossen waren. Ein substanzloser Wohlfühl-Gipfel hätte allenfalls Xi Jinpings Propaganda genutzt. Der EU hätte er geschadet.

Braucht die EU grundsätzlich eine neue China-Politik?

Die europäische China-Politik braucht keinen fundamentalen Neuanfang, aber mehr Klarheit. Partnerschaft, Wettbewerb und systemische Rivalität können nicht gleichgültig nebeneinandergestellt werden. Man ist nicht am Montag systemischer Rivale und über den Rest der Woche tut man so, als gelte das nicht. Um unsere China-Strategie richtig hinzukriegen, müssen wir sie in die globale Perspektive einbetten. Unser Ziel bleibt eine multilaterale Weltordnung und die internationale Herrschaft des Rechts. Das wird dadurch zweifellos außerordentlich erschwert, dass wir in den USA einen Präsidenten erleben, der klassische Großmachtspolitik betreibt, kein verlässlicher Partner Europas sein will und der in vielen Fällen unter dem Absingen

›Ein herrisches China, das Zusammenarbeit durch Zwang ersetzen möchte, arbeitet an der eigenen Schwächung‹

wüster Lieder und unter der Verkündung scharf anti-chinesischer Parolen Chinas totalitärer Führung de facto ins Blatt spielt. Trotzdem dürfen wir nicht aufhören, um die Partnerschaft mit den USA zu ringen. Aber das ist nicht genug. Und es reicht auch nicht unsere

Prinzipien vor uns herzutragen wie tibetanische Gebetsmühlen. Die EU sollte mit möglichst vielen geeigneten Partnern

eine Allianz von Demokratien bilden, und zwar nicht nur von solchen auf der Nordhalbkugel des Globus.

In den kommenden sechs Monaten hat Deutschland die Ratspräsidentschaft inne und der Themenschwerpunkt sollte die europäische China-Politik sein. Ist das jetzt überhaupt noch möglich?

Die rotierende Ratspräsidentschaft ist für jedes Land, das sie innehat, ein Knochenjob. Aber jetzt sind die Herausforderungen noch größer, sodass die China-Politik nur ein Baustein ist – wenn auch ein wichtiger. Aber die deutsche Ratspräsidentschaft muss in einem schwierigen Balanceakt zunächst einen Konsens über den Wiederaufbauplan der EU zustande bringen, wenn die tiefe Wirtschaftskrise aufgrund der Corona-Pandemie Europa ökonomisch nicht ganz in den Abgrund reißen soll. Das muss verbunden werden mit dem von der Europäischen Kommission programmatisch ausgerufenen Green Deal, für den die

Kanzlerin persönlich bisher keine besonders innige Verbundenheit hat erkennen lassen und von dem relevante Teile der Europäischen Volkspartei sich gerne verabschieden würden. Den dritten Ton im Dreiklang eines wirtschaftspolitischen Aufbruchs muss die mittelfristige finanzielle Vorausschau bilden, durch die Haushaltsvolumen und Haushaltsprioritäten der EU für die Jahre 2021 bis 2027 festzulegen sind. Ein Schrumpffa Haushalt wird da nicht reichen. Die genannten drei Großbaustellen stellen aber nur das absolut erforderliche Minimum für die deutsche Ratspräsidentschaft dar. In der Außenpolitik steht die EU, von China einmal ganz abgesehen, auch vor Mega-Herausforderungen, die vor dem Hintergrund des erwähnten Zerwürfnisses in den transatlantischen Beziehungen umso schwerer anzugehen sind. Dann ist da immer noch der Brexit, der zum Jahresende kommen wird, so oder so. Die Alternative heißt: schlimm schwächen oder ganz katastrophal.

*Das Gespräch führte
Susanne Osadnik,
Chefredakteurin GCM*

Reinhard Bütikofer. Der 67-jährige Grünen-Politiker ist seit Juni 2009 Mitglied des Europaparlaments. Er gehört dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) an, in dem er Sprecher der Grünen/EFA Fraktion ist. Er ist stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel (INTA). Außerdem sitzt er der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China vor und ist Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und stellvertretendes Mitglied in der ASEAN-Delegation. Von 2012 bis 2019 war Bütikofer Co-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei. Er ist unter anderem Mitglied im Europa/Transatlantik-Beirat und im Deutsch-Chinesischen Dialog-Forum (DCDF).

www.wisag.de



Facility Management für Handelsimmobilien

Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen – Ihr Shopping Center in besten Händen

Perfekte Sauberkeit, kompromisslose Sicherheit und optimaler Service: Das begeistert nicht nur die Kunden, sondern auch Mieter und Eigentümer. Mit unseren individuellen Lösungen und unserer Erfahrung profitieren Sie von optimalen Bewirtschaftungskosten. Dabei haben wir den Werterhalt und die nachhaltige Entwicklung Ihres Centers immer im Blick. Wir gehen für Sie den einen Schritt weiter.

Sie suchen nach einem neuen langfristigen Partner? Fordern Sie unser Angebot – wir freuen uns auf Sie.



Ihr Ansprechpartner:
Joaquin Jimenez Zabala
Vertriebsleiter Shopping Center
Tel. +49 162 7861324
joaquin.jimenez.zabala@wisag.de